

Bei Fortbildungsseminaren konnten die teilnehmenden Gäste aus Russland zusammen mit ihren jungen Kollegen aus Deutschland neue Informationen zum Thema „ehrenamtliche Arbeit“ gewinnen. Zum Schluss habe die Gäste aus Russland an der weiteren Pflegeaktion an dem Kinderspielplatz in Kürten- Waldmühle mitgemacht und den Mitglieder des SKV Adler bei Rasen-

mähern und Lackierarbeiten geholfen. Die Organisatoren bedanken sich bei allen freiwilligen Helfern für die Unterstützung und Begleitung des Projekts herzlich. Ein ganz besonderes Dankeschön geht an die Stiftung Die Gute Hand, die die Gruppe aus Russland in ihre Obhut genommen hat. Die Begegnung wurde von der



Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch - eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Robert Bosch Stiftung und des Ost-Ausschusses der Deutschen

Wirtschaft“, dem Ministerium für regionale Entwicklung der Russischen Föderation und dem Bundesministerium des Innern aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages, der Raiffeisenbank Kürten-Odenthal e.G. gefördert.



Fragen zur Verteilung dieser Ausgabe?
HERR MUELLER · FON 02268 2690

POLITIK

Aus der Arbeit der Parteien SPD

Gegen eine unverantwortliche Atompolitik

Die SPD in Kürten unterstützt den Aufruf zur bundesweiten Großdemonstration am 18. September in Berlin, die unter dem Motto „Atomkraft - Schluss jetzt“ steht.

„Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. Dass die Atom-müllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbaut. Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atom-

kraftwerke abschalten - und zwar jetzt!“, fordert der offizielle Aufruf. Die Kürtener Sozialdemokraten befürworten den massiven Widerstand der Bundes-SPD gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Energiepolitisch gebe es für die Hochrisikotechnologie keinen Bedarf mehr. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat die Bundesregierung gewarnt, sich von den Atomkonzernen erpressen zu lassen. Eine Brennelementesteuer sei unabhängig von Laufzeitverlängerun-

gen notwendig, weil sonst der Steuerzahler die Sanierung maroder Atommülllager finanzieren müsse. Indes fordern Teile der Union sogar neue Atomkraftwerke. Die Bundesregierung will sich auf eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken festlegen. Wie lange dann auch alte, unsichere Meiler noch betrieben werden sollen, bleibt bislang unklar. Die CSU stellt eine zeitliche Begrenzung insgesamt infrage. Ungewiss bleibt auch, in welcher Höhe die dann folgenden Zusatzeinnahmen

der Energiekonzerne durch eine Brennelementesteuer belegt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel und auch Umweltminister Norbert Röttgen hatten kürzlich davor gewarnt, die Atomwirtschaft zu stark zu belasten. Dabei rechnen Experten mit Erträgen von einer Million Euro für jeden alten abgeschriebenen Meiler - täglich. Weitere Informationen zur Demonstration finden sich auf www.spd-kuerten.de

Ende: Aus der Arbeit der Parteien SPD

Hallo Pressesprecher/innen der Vereine und Institutionen...

SO KOMMEN SIE BEVORZUGT REIN!
www.rmp.de/redaktion

Melden Sie sich an, um Ihre Berichte direkt online einzustellen.